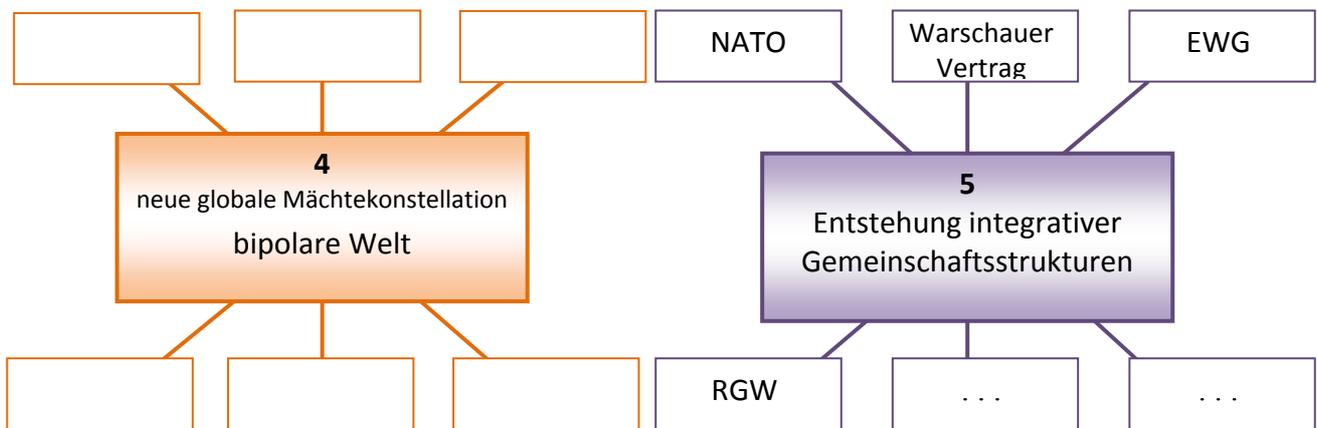


Der 2. Weltkrieg veränderte die Welt durch . . . die Entstehung einer bipolaren Welt und die Entwicklung integrativer Gemeinschaftsstrukturen



Der Weg zum Kalten Krieg war von Gegensätzen zwischen Ost und West in der neu entstandenen bipolaren Welt gekennzeichnet. Die bipolare Welt bezeichnet die Aufteilung der Erde in eine westliche, unter Führung der USA stehende, und eine östliche Hemisphäre, in der die UdSSR ihre Macht ausübte.

Am Ende des 2. Weltkrieges stützten sich die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion in Europa auf gleich gesinnte Bündnispartner. Die UdSSR verbündete sich mit den osteuropäischen Staaten, während die USA mit Hilfe des Marshall-Plans versuchte, ganz Europa an sich zu binden.

Die Bündnissysteme standen sich hochgerüstet und mit unvereinbaren Ideologien und Politikkonzepten, die sich gegeneinander definierten, gegenüber. Aus westlicher Sicht standen dabei Freiheit und Demokratie gegen totalitäre Diktatur sowie Marktwirtschaft gegen Planwirtschaft. Aus östlicher Sicht standen die von der Staatspartei geleitete allseitige Entfaltung der sozialistischen Persönlichkeit im Übergang zum Kommunismus gegen die systematische Ausbeutung im imperialistischen Kapitalismus. Diese Situation wurde als Kalter Krieg bezeichnet.

In den vier Jahrzehnten der Bipolarität war die Welt in sicherheitspolitischer Hinsicht vergleichsweise übersichtlich. Jede Seite war darauf bedacht, gegenüber dem gegnerischen Block ein Gleichgewicht zu wahren, wenn es schon nicht möglich war, einen Vorteil zu erringen. Um das sichern zu können, waren feste Bündnisse nötig, wie zum Beispiel der *Warschauer Pakt* im Osten und die *NATO* im Westen. Sie bildeten starre Einheiten, die einander jederzeit mit dem Einsatz atomarer Waffen bedrohen konnten.

NATO ist die Abkürzung für den Nordatlantikvertrag, der am 4. April 1949 von Belgien, Dänemark, Großbritannien, Frankreich, Italien, Island, den Niederlanden, Luxemburg, Norwegen, Portugal und den Vereinigten Staaten gegründet wurde. Später folgten noch Griechenland, die Türkei und schließlich 1955 auch die BRD. Der Vertrag ist ein gemeinsames Verteidigungsbündnis, welcher zusätzlich eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik festsetzt.

Der am 14. Mai 1955 gegründete *Warschauer Pakt* oder der *Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand (VFZ)*, war eine Reaktion auf die Wiederbewaffnung der BRD und deren Beitritt zur *NATO*. Der Vertrag schrieb die Zusammenarbeit und den gegenseitigen Beistand von Bulgarien, der DDR, Polen, Rumänien, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Ungarn, unter der Steuerung der Sowjetunion, vor.

Während die Führungsposition der USA in der *NATO* nie in Frage gestellt wurde (da man ihre Atommacht gegen die Sowjetunion und den Ostblock benötigte), konnte die Sowjetunion das

Ausscheren von Ländern aus ihrem eigenen Machtbereich mehrfach nur durch den Einsatz von Panzern verhindern (*Ungarischer Volksaufstand*, 1956 und der *Prager Frühling*, 1968). Ziele des Bündnisses waren neben der Bildung eines militärischen Gegengewichtes gegen die *NATO* auch die engere Anbindung der Ostblock-Staaten an die UdSSR.

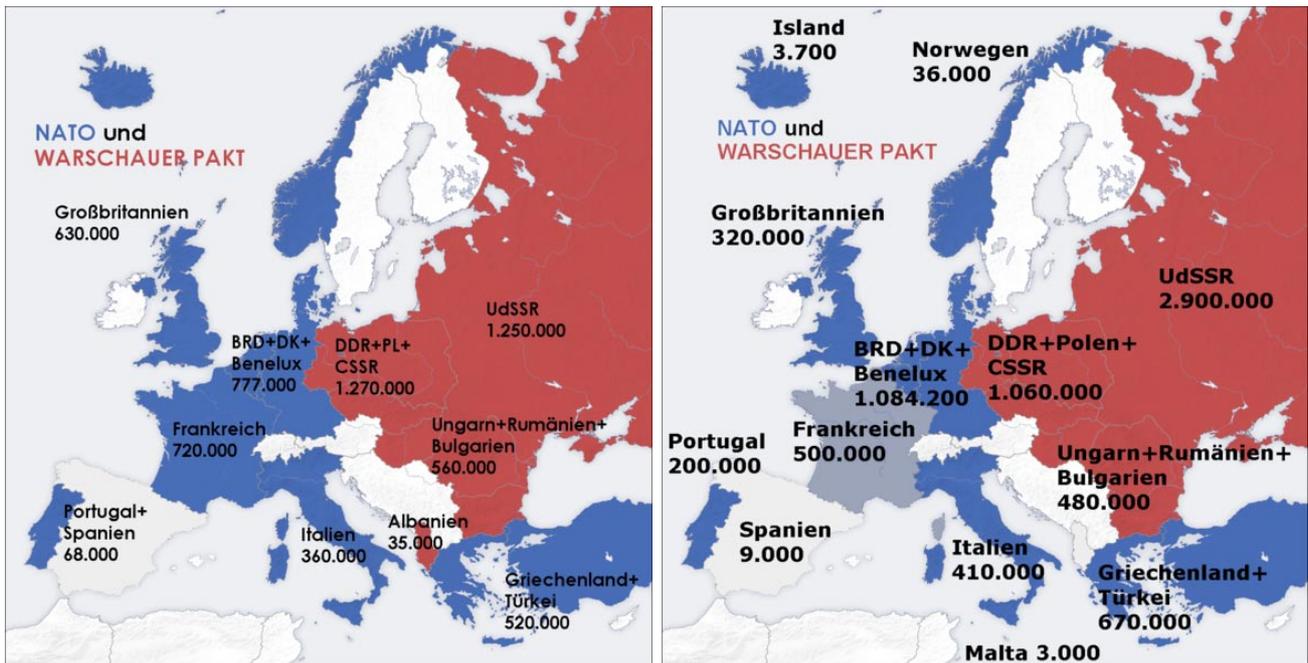


Abb.1: Mitgliedsstaaten der Militärbündnisse und die Truppenstärken im Vergleich zwischen 1959 und 1973
<http://images.google.de/imgres?imgurl=http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/b/b7/EuropaNATOWP1973.png>

Die *NATO* war dem *Warschauer Pakt* in der Zeit des Kalten Krieges rüstungstechnisch immer überlegen. Es herrschte andauernd ein Zustand wechselseitiger Abschreckung.

Das paradoxe Ergebnis der Bipolarität war, dass sich beide Seiten vierzig Jahre lang mit Krieg und Gewalt bedrohten, um letztlich beides erfolgreich zu verhindern.

Die Bipolarität wirkte sich nicht nur auf Politik und Militär aus, auch die Wirtschaft war von der Teilung betroffen.

Am 5. Juni 1947 schlug der amerikanische Außenminister George C. Marshall das European Recovery Program (ERP) vor. Das ERP sollte den wirtschaftlich kränkelnden Ländern Europas, auch den deutschen Besatzungszonen, wieder auf die Beine helfen und darüber hinaus auch eine Ausbreitung des Kommunismus verhindern. Einzige Voraussetzung für die Realisierung dieses so genannten Marshallplans war, dass sich die europäischen Länder auf einen gemeinsamen Wirtschaftsplan einigten. An der Marshallplan-Konferenz im Juli 1947 in Paris nahmen 16 europäische Staaten teil. Die ebenfalls eingeladenen osteuropäischen Länder mussten ihre Teilnahme jedoch unter dem Druck der UdSSR absagen.

Die Hilfsleistungen der USA bestanden nicht nur aus Krediten, sondern auch aus Waren, Rohstoffen und Lebensmitteln. Zwischen 1948 und 1952 wurden von den USA insgesamt rund 12,4 Milliarden Dollar im Rahmen des Marshallplans bereitgestellt. Davon flossen 1,5 Milliarden Dollar nach Westdeutschland.

Viele deutsche Wirtschaftszweige, besonders Kohlebergbau und Energiewirtschaft, erhielten dadurch wichtige Wachstumsimpulse. Der Marshallplan stellte jedoch auch einen Einschnitt in den Kalten Krieg und in die Westintegration der späteren Bundesrepublik Deutschland dar.

Als Antwort auf den amerikanischen Marshallplan gründeten die UdSSR, Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und die Tschechoslowakei am 25. Januar 1949 den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), das Wirtschaftsbündnis in Osteuropa. Die DDR wurde im September 1950

Vollmitglied. Dem RWG, oder auch COMECON genannt, schlossen sich später auch Kuba, Vietnam und die Mongolei (allesamt kommunistisch) an.

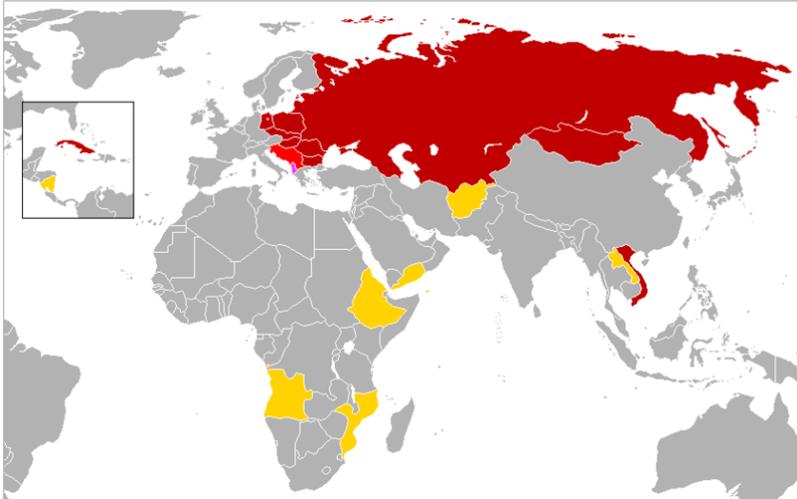


Abb.2: Mitgliedsstaaten des RGW

http://de.wikipedia.org/wiki/Rat_f%C3%BCr_gegenseitige_Wirtschaftshilfe

Der RGW hatte zum einen die Aufgabe, eine bessere wirtschaftliche Spezialisierung und Arbeitsteilung zwischen den sozialistischen Staaten zu erreichen, und zum anderen eine allmähliche Angleichung der sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen. Diese Spezialisierung hatte zur Folge, dass die UdSSR und die RGW-Mitgliedsländer in einer wechselseitigen Abhängigkeit standen. Die Idee des RGW war also, die wirtschaftlich

schwächeren Länder durch die wirtschaftlich stärkeren Länder zu stützen. Gleichzeitig verfolgte man damit eine ideologische Stärkung, ganz im Sinne des Kommunismus. Im Gegensatz zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) strebten die RGW-Staaten aber keinen wirtschaftlichen Zusammenschluss an.

Die EWG war eine Vereinigung, der sich Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien, Luxemburg und die Bundesrepublik anschlossen. Gleichzeitig traten sie damit in die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) ein. Die am 25. März 1957 unterzeichneten Verträge gelten auf unbestimmte Zeit. Durch die EWG sollte eine vollständige Wirtschaftsintegration erreicht werden. Die EURATOM diente der gemeinsamen Erforschung und friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Mit dem Inkrafttreten des Vertrages nahmen die Organe der EWG ihre Arbeit auf: die Parlamentarische Versammlung, deren Abgeordnete von den nationalen Parlamenten entsandt wurden, übten ein Beratungs- und Kontrollrecht aus. Die internationalen Entscheidungen der EWG wurden durch den Ministerrat getroffen, der aus den jeweils zuständigen nationalen Fachministern bestand. Zur Durchführung dieser Beschlüsse und zur Fortentwicklung der EWG wurde die Kommission eingerichtet, für die jedes EWG-Land ein Mitglied benannte. Erster Kommissionspräsident war Walter Hallstein, ein enger Vertrauter von Bundeskanzler Konrad Adenauer. Durch den Abbau von Zollschranken, gemeinsame Zolltarife gegenüber Drittländern, Freizügigkeit für Arbeitnehmer, Niederlassungsfreiheit für Unternehmer und eine schrittweise Annäherung der Sozial-, Wirtschafts- und Währungspolitik soll die EWG dazu beitragen, dass die Mitgliedsstaaten enger zusammenwachsen und regionale Unterschiede in den Lebensverhältnissen nach und nach ausgeglichen wurden.

Letztendlich ist festzustellen, dass nach dem 2. Weltkrieg und im Zusammenhang mit dem Kalten Krieg zahlreiche politische, militärische und wirtschaftliche integrative Gemeinschaftsstrukturen entstanden sind. Alle hatten das Ziel, die Länder auf der jeweiligen Seite des Eisernen Vorhangs miteinander zu verbinden und die Gemeinschaft zu stärken und die gegnerische Seite auszustechen. Das Nachsehen hatte dabei jedoch das einzige Land, welches zu diesem Zeitpunkt zwischen West und Ost aufgeteilt war: Deutschland. Die gegensätzlichen Entwicklungen und Ideologien trennten das einst zusammengehörige Land in zwei Hälften und schafften eine Grenze, die nicht nur äußerlich, sondern auch in den Köpfen der Menschen, heute noch sichtbar ist.